



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 08. Dezember 2015
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

| | |
|--|----------------------------|
| <u>Vorsitz :</u> | Michaela Apel (SPD) |
| Anwesende Ausschussmitglieder: | siehe Anlage 1 |
| Ferner anwesend: | siehe Anlage 2 |
| Tagesordnung: | siehe Anlage 3 |
| Veröffentlichung: | siehe Anlage 4 |
| Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr | Ende: 18:25 Uhr |

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten 51/12, 52/12, 53/15.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der/die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0095 Tagesordnung

1. Punkt 5 wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt.
2. Ansonsten werden keine Bedenken gegen die Tagesordnung erhoben.

Einstimmig

0096 14-V-12-0001

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

1. Absetzung, keine neuen Berichte
2. Nichtberatung der SV zur Einführung der Leitlinien im Magistrat

Einstimmig

0097 Genehmigung der Niederschrift vom 10.11.2015

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 10.11.2015 wird genehmigt.

Einstimmig

0098 15-F-03-0130

Bürgerbeteiligungsfinanzierung
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 30.11.2015 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag und berichtet, dass in anderen Städten (Darmstadt, Heilbronn) die Aufwendungen höher geworden sind und z. B. in Heidelberg für den Haushalt entsprechende Mittel angemeldet wurden.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass die Sitzungsvorlage zur Einführung der Leitlinien im Magistrat nicht beraten wurde und sich daher die Frage der Finanzierung aktuell gar nicht stellt. Wenn die Leitlinien kommen, sollte man erst Erfahrungen sammeln.

Herr Simon berichtet über den aktuellen Stand des Bürgerbeteiligungsprozesses. Am 21.11. hat die Abschlussveranstaltung mit ca. 100 Teilnehmer/innen stattgefunden. Die Daten der Online-Befragung

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Dezember 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0100 14-F-33-0072

Kooperationsprojekt HaLT!
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014

Zu dem schriftlich vorgelegten Bericht ist Herr Fink (Ordnungsamt) anwesend.
Er berichtet, dass das Komasaufen früher mehr verbreitet war. 2007 wurde das Projekt HaLT!
gegründet und seitdem werden über das ganze Jahr verteilt Maßnahmen zur Bekämpfung von
Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen ergriffen.

Zu den präventiven Maßnahmen zählen:

Testkäufe

Jugendschutzkontrollen

Übergabestützpunkt mit 2 Mitarbeiter/innen Suchthilfezentrum und Sanitätsdienststelle

Benachrichtigung der Eltern

Öffentlichkeitsaktionen (z. B. in der Fußgängerzone)

Brille mit Simulation Rauschzustand

Plakataktionen

Wenn es zu Alkoholmissbrauch gekommen ist, werden die Jugendlichen in die HSK eingeliefert. Seit
2011 sind die Zahlen hier rückläufig. Wenn es gewünscht wird, schließt sich ein Beratungsgespräch im
Suchthilfezentrum an.

In den letzten Jahren ist eine positive Entwicklung festzustellen. Alkohol ist nicht mehr so begehrt.
HaLT! ist bekannter geworden und hat einen präventiven Charakter. Wenn Jugendliche mit Alkohol
angetroffen werden, müssen die Flaschen an Ort und Stelle ausgeschüttet werden.

Der Erfolg in Wiesbaden ist auch darauf zurückzuführen, dass die Prävention breit angelegt ist -
Polizei, Stadtjugendring, JuPa usw. sind beteiligt.

Kinder unter 14 Jahren sind in der letzten Zeit gar nicht mehr aufgegriffen worden.

Auch an üblichen Plätzen hätte man nach Alkohol trinkende Jugendliche suchen müssen. Bis 2011/12
wäre vor allem Wodka konsumiert worden - dies habe deutlich nachgelassen.

Aber man dürfe sich nicht in Sicherheit wiegen, sondern kontinuierlich an den vorbeugenden
Maßnahmen dran bleiben.

Neben den gesundheitlichen Folgen für die Jugendlichen dürfe man aber auch die anderen
Begleiterscheinungen nicht außer Acht lassen:

Männliche Jugendliche werden aggressiv, es kommt zu Körperverletzungen und Vandalismus.

Bei weiblichen Jugendlichen kommt es zu sexuellen Übergriffen.

Als Betrunkene/r werde man auch selber schneller Opfer von Gewalttaten.

Aber auch diese Begleiterscheinungen gingen zurück.

Stv. Schickel fragt nach, ob sich die Zahlen auf S. 2 auf die 10 Jugendschutzkontrollen beziehen, was
von Herrn Fink bestätigt wird.

Er möchte außerdem wissen, ob bei der Benachrichtigung von Eltern etwas über die Verhältnisse im
Elternhaus bekannt wird, so dass evtl. das Jugendamt einschreiten müsse. Auch dies wird von Herrn
Fink bestätigt (3 Fälle).

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Dezember 2015**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Außerdem gäbe es manchmal eine schwierige Gruppensituation; Volljährige hätten z. B. minderjährige Freundinnen, die dann Alkohol mit den Erwachsenen konsumieren.

Auf Nachfrage von Stv. Dr. Wittkowski berichtet Herr Fink, dass der überwiegende Teil der Jugendlichen einsichtig ist, wenn er kontrolliert wird. Dies hänge aber stark vom Grad der Alkoholisierung ab.

Die Eltern sind in der Regel dankbar, wenn sie eine Rückmeldung des Ordnungsamtes bekommen, denn sie wissen oft nicht, dass ihre Kinder nachts unterwegs sind. So habe er selber erlebt, dass 2 männliche Jugendliche mit 1,8 bzw. 2 Promille aufgegriffen wurden, die verständigte Mutter dies aber nicht glauben wollte.

Stv. Gaedeke freut sich über das erfolgreiche Projekt, stellt aber fest, dass manche Jugendliche häufig kontrolliert werden, aber andere gar nicht. Sie bittet darum, die Kontrollen breiter anzulegen.

Diese Anregung nimmt Herr Fink mit. Er geht aber davon aus, dass der Focus ganz allgemein auf allen Jugendlichen liegt und keine Gruppe ausgenommen wird. Es sei gut, sich von Zeit zu Zeit selber zu reflektieren.

Höchste Prio habe aber die Gruppe der unter 16-Jährigen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0101 15-F-03-0133

Gedenken an 30 Jahre Chernobyl am 26. April 2016
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 02.12.2015 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag und weist darauf hin, dass das Thema nicht wahlkampftechnisch ausgeschlachtet werden soll. Dies ist Vors. Apel sehr sympathisch.

Stv. Dr. Wittkowski fragt nach, wo denn der Bezug zu Wiesbaden liege. Mit der Umsetzung seien auch Kosten und Aufwand verbunden. Es gäbe sicher viele Anlässe, die man ähnlich begehen könnte. Er geht davon aus, dass die Presse das Thema sowieso aufgreifen wird.

Es entsteht eine rege Diskussion darüber, dass auch Wiesbaden z. B. durch die Nutzung von Atomstrom betroffen sei und seinerzeit auch Kinder in Wiesbaden nicht mehr im Sand spielen durften. Auch die deutsche Wiedervereinigung habe keinen kommunalen Bezug, aber trotzdem würde die „Woche der Freiheit“ veranstaltet.

Die Wiedervereinigung und Chernobyl sollten nicht verglichen werden, findet Stv. Kienast-Dittrich. Die Presse werde das Ereignis sicher aufgreifen. Sie hält ein Gedenken ohne den Ernst der Lage außer Acht zu lassen nicht für angebracht.

Auch Vors. Apel geht davon aus, dass die Landeshauptstadt keine Veranstaltung machen müsse, aber man könne ja anderweitig unterstützen in dem man z. B. Bürgerhäuser usw. für Veranstaltungen kostenlos zur Verfügung stellt.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Dezember 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Kisseler berichtet, dass Bündnis90/Die Grünen und einige Initiativen sicher etwas zu dem Thema machen würden.

Stv. Dr. Wittkowski versteht die Haltung der Grünen, schließt sich aber dem Vorschlag der Vorsitzenden an.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt.

gegen Grüne + UFW abgelehnt

0102 15-V-20-0054

Investitionscontrolling 3. Quartal 2015

Einstimmig

0103 15-V-30-0014

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Erbenheim

Einstimmig

0104 15-V-33-0008

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

Einstimmig

0105 Bericht der Dezernentin

Dezernentin Scholz ist in der Sitzung nicht anwesend.

0106 Verschiedenes

1. Stv. Gaedeke fragt nach dem Antrag zum Islamunterricht, der bisher von Seiten des Magistrats noch nicht beantwortet wurde. Dies ist auf die notwendige Recherche beim Land zurückzuführen.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 08. Dezember 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

2. Sie fragt weiter, wie man Kontakt zum neu gewählten Ausländerbeirat aufnehmen sollte. Es besteht Einigkeit, dass der Ausländerbeirat möglichst nach Vorliegen der rechtlichen Expertise eingeladen werden sollte.

Anlagen

Wiesbaden, .01.2016

Vorsitzende

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Apel

Weck

Koba